



KoPers – Unwort, Mammut-IT-Projekt, Millionengrab?

Seit 2009 haben sich die Freie und Hansestadt Hamburg sowie Schleswig-Holstein für Land und Kommunen auf das Kooperationsprojekt KoPers verständigt, um letztendlich die Personalverwaltungen so zu modernisieren, dass sie auch neuesten Anforderungen gerecht werden und notwendige Informationen liefern, um politische Entscheidungen treffen zu können.

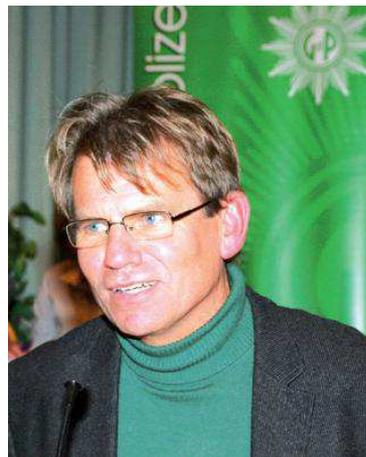
Ziel ist vor allem, die gesamte Personalarbeit so gut wie nur noch IT-gestützt zu leisten, nicht nur in den Personaldienststellen, später sollen die Beschäftigten ihre Datenänderungen selber eingeben, zum Beispiel bei einem neuen Konto, bei Veränderungen des Familienstandes, bis hin zu einem automatisierten Reisekostenmanagement.

In Schleswig-Holstein hatte sich noch die alte schwarz-gelbe Landesregierung zu diesem Schritt entschlossen. Eine neue Software sollte her und die Personalverwaltung insgesamt in einem sogenannten Shared Service Center (SSC) zentralisiert werden. Ziel war es auch, durch Synergien und Skaleneffekte Personal einzusparen. Schleswig-Holstein stand zudem unter dem Druck, dass die bisherigen Abrechnungsprogramme Permis A und Perle (für die Lehrer) vor dem technischen und tatsächlichem Ausstanden.

Ein riesiges Projekt wurde durch die Staatskanzlei aufgelegt, bis zu 41 ständige, leider auch häufig wechselnde Mitarbeiter waren in dem Projekt tätig.

Dataport, der zentrale IT-Dienstleister u. a. Hamburgs und Schleswig-Holsteins, schrieb dann aus und das Wiesbadener Softwareunternehmen P&I AG hat mit einer integrierten Standardsoftware das Verfahren gewonnen. Diese Software soll es möglich machen, dass viele Daten, die heute wiederholt und immer wieder neu, mit Papier-

schnittstellen zwischen einzelnen Beteiligten – jeder Personalvorgang, der sich auf Gehalts- oder sonstige Zahlungen auswirkt, muss mittels sogenanntem AP-Vordruck gemeldet werden – zukünftig nur einmal in die EDV eingegeben wird.



Torsten Jäger, Stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Archivfoto: Gründemann

Wie es wohl häufig bei großen Projekten passiert, geriet auch KoPers in schweres Fahrwasser. Die Standardsoftware genügte den komplexeren Anforderungen des Öffentlichen Dienstes nicht und musste aufwendig weiterentwickelt werden. Der Landesrechnungshof kritisierte in verschiedenen Überprüfungen Verzögerungen und Projekt-aufbau. Ein beauftragter neutraler Gutachter bestätigte teilweise die Kritik, nicht nur in Blickrichtung eingekaufter Software, sondern auch in Richtung Projektstruktur, unklarer Zuständigkeiten. Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein machte seinen vertrauten Mitarbeiter Dr. Knud Büchmann als IT-Beauftragten der Landesregie-

rung zum KoPers-Chef. Dr. Büchmann engagierte in Folge Mitte 2013 mit Herrn Thomas Höhn einen professionellen, projekterfahrenen IT-Experten und machte ihn zum Leiter des Projektes.

Diverse Pressedarstellungen wiesen auf immense Kosten von 34 Millionen Euro und weitere Verzögerungen in der Implementierung hin.

Zwischenzeitlich ist es gelungen, die Abrechnung der Versorgungsleistungen über KoPers zu gewährleisten, Besoldung und Entgelt sollen zeitnah folgen. Danach geht es an die Einführung der Personalverwaltungssoftware.

Die Implementierung neuer Software und Organisationsveränderungen unterliegen der Mitbestimmung und so waren von Anfang an die Spitzenorganisationen DGB und dbb mit im Boot. Innerhalb der DGB-Familie wurde die GdP kräftig eingebunden und so kam ich in Sachen KoPers seit 2011 zu diesem zeitaufwendigen Vergnügen.

Anfänglich sah es häufig nach einem reinen IT-Projekt aus, eine länderübergreifende Grundlagenvereinbarung, ein Meilensteinplan, Vereinbarungen zur Schulung und Qualifizierung, insbesondere zum Datenschutz und zur Ergonomie wurden verhandelt. Von Anfang an haben der DGB und wir uns von einer zentralisierten Organisationsform in einem Shared Service Center distanziert (das ist auch in die Grundlagenvereinbarung aufgenommen), blieben aber zur Wahrung der sozialen Belange der Kolleginnen und Kollegen am Verhandlungstisch.

Häufig konnten wir Sachverhalte nur durch Befragung von uns zur Verfügung stehenden Sachverständigen klären.

Die neue rot-grün-blaue Landesregierung hat KoPers ja nur übernom-

Fortsetzung auf Seite 2



1
 2
 3
 4 15 mm
 5
 6
 7
 8
 9 33 mm
 10
 11
 12
 13
 14 51 mm
 15
 16
 17
 18
 19 69 mm
 20
 21
 22
 23
 24 88 mm
 25
 26
 27
 28
 29 106 mm
 30
 31
 32
 33
 34 124 mm
 35
 36
 37
 38
 39 142 mm
 40
 41
 42
 43
 44 160 mm
 45
 46
 47
 48
 49 179 mm
 50
 51
 52
 53
 54 197 mm
 55
 56
 57
 58
 59 215 mm
 60
 61
 62
 63
 64 233 mm
 65
 66
 67
 68
 69 251 mm

Fortsetzung von Seite 1

men und versuchte, dem Projekt neues Leben einzuhauchen. Neben den genannten Personalmaßnahmen hat das Kabinett im Oktober 2013 einige Grundsätze neu formuliert und entschieden.

U. a. sollen Personalprozesse zentralisiert werden, soweit sich deren dezentrale Wahrnehmung nicht nachweisbar wirtschaftlicher gestalten lässt oder diese sachlich oder rechtlich geboten ist.

Seitdem wird sich deutlich spürbarer um die Organisation der Personalverwaltung gekümmert. 96 verschiedene Personalprozesse (z. B. Beförderung, Höhergruppierung, Krankmeldung ...) wurden identifiziert und werden jetzt im kleinsten Detail prozesshaft angeschaut. Per-

sonalsachbearbeiter aus allen Ressorts sind an diesem Prozess beteiligt (zwei Mitarbeiter aus der Polizeiabteilung des IM und des LPA sind richtigerweise mit hohen Arbeitszeitanteilen auch dabei). Es soll in Kiel ein Dienstleistungszentrum Personalverwaltung (DLZP) aus dem jetzigen Finanzverwaltungsamt erwachsen, die Mitarbeiterzahl dürfte einige hundert umfassen.

Wichtige Kompetenzen für Personalentscheidungen wie Beförderungen, Verwendung usw. sollen vor Ort bleiben. Aber die Vorbereitung oder Abwicklung der Personalprozesse soll zentralisiert aber kooperativ vorgenommen oder weiter dezentral mit gleicher IT bearbeitet werden. Inwieweit die polizeiliche Personalverwaltung betroffen sein könnte, die sich ja schon maximal im Landespolizeiamt Abt. 3 zentralisiert hat, bleibt abzuwarten. Wir glauben, dass eine weitere Zentralisierung außerhalb der Ressortgrenzen kaum möglich erscheint. Deutliche Bedenken erheben wir auch zur Dienstleistungsfähigkeit eines riesigen DLZP, zuständig für ca. 50 000 Landesbedienstete. Callcenterverfahren und Warteschleifen sind für uns eine düstere Zukunftsvorstellung.

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein äußert auch nicht mehr die Zielvorstellung, durch diese Zentralisierung direkt Personal zu sparen, sondern stellt mehr Erwartung in den Vordergrund, dass die Landesregierung bzw. -politik durch zusammengeführte Erkenntnisse in die Lage versetzt wird, politisch richtungsweisende Entscheidungen zu

fällen. Der Personalabbaupfad lässt grüßen.

Zu befürchten ist, dass, wie meist, die Investitionen zumindest zu einem Gutteil durch zusätzliche Personalkostenreduzierung refinanziert werden.

Als jemand, der dieses Thema jetzt schon fünf Jahre begleitet, möchte ich feststellen, dass ich viele Projektmitarbeiter kennengelernt und getroffen habe, die sehr engagiert und überzeugt dabei sind. Obwohl selber kein IT-Experte, kann ich mir gut vorstellen, dass uns eine integrierte Software in vielen Bereichen helfen kann. Eine Entwicklung, in der sich eine Organisation zwangsläufig an eine Software anpassen bzw. zentralisieren muss, sehe ich deutlich kritisch. Überzogene Zentralisierung hat Folgen für die Beschäftigten und die in der Personalverwaltung Tätigen. Die GdP wird in der Familie DGB weiter versuchen, dazu beizutragen, IT, Organisation und Mitarbeiterinteressen in Einklang zu bringen. Darum werden wir die Mitbestimmung nicht aushöhlen lassen. So wird die Frage zu klären sein, wie Mitbestimmung bei Entscheidungen des Dienstleistungszentrums Personalverwaltung, von denen Kolleginnen oder Kollegen in der Landespolizei betroffen sind, zukünftig passieren soll? Das Funktionieren von Gehalts- und Versorgungszahlungen kann ich mir irgendwie gar nicht anders vorstellen.

KoPers wird nicht nur kommen, sondern ist schon da, es wird unsere Welt erneut verändern.

Torsten Jäger,
Stellv. Landesvorsitzender

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der

Ausgabe 8/2014:
Freitag, 4. Juli 2014DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein**Geschäftsstelle:**
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92**Redaktion:**
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de**Verlag und Anzeigenverwaltung:**
VERLAG DEUTSCHE
POLIZIELITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.**Herstellung:**
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



DIGITALFUNK UND REGIONALLEITSTELLEN**„Premiumprojekt“ ist
inzwischen ein Schimpfwort**

Kiel/tgr – Als Premiumprojekt für die Landespolizei wurde es vor Jahren angekündigt: Der Aufbau der vier Regionalleitstellen in Schleswig-Holstein und die Umstellung von analogem Funk auf Digitalfunk. Jedoch gerät aktuell vor allem die flächendeckende Einführung und Umsetzung des Digitalfunks wegen unterschiedlicher Probleme immer wieder in die Schlagzeilen und damit in die öffentliche Diskussion. Fast regelmäßig wird über vermeintliche oder tatsächliche Pannen berichtet. Der Zeitplan für den technischen Wirkbetrieb verzögerte sich immer wieder.

Eine Tatsache, die auch an denen nagt, die im Landespolizeiamt für die „handwerkliche“ technische Umsetzung und damit erfolgreiche Einführung des Digitalfunks sowie der Regionalleitstellen in Schleswig-Holstein stehen. Obwohl sie nicht für die Pannen verantwortlich sind, bekommen die Kolleginnen und Kollegen der Projektgruppe Digitalfunk und Regionalleitstellen den Unmut und die Folgen zu spüren, stehen ständig unter Druck und Anspannung.

So erreichen auch die GdP auf verschiedenen Wegen immer wieder Alarmzeichen über die Belastungen, denen die Kolleginnen und Kollegen der Projektgruppe ausgesetzt sind. Grund für GdP-Landesredakteur Thomas Gründemann, einmal „reinzuhören“ und das Gespräch mit drei Kollegen aus dem „Projekt Digitalfunk und Regionalleitstellen“ zu führen.

Schon nach wenigen Minuten im Gespräch mit Michael Biedorf, Lars Braun und Mike Bruhn ist der Frust bei den Kollegen „fast greifbar“. Schlimmer noch – sogar Anzeichen von Resignation werden schnell spürbar. Und auch für einen „Außenstehenden“ wird klar, dass vor allem die personelle und räumliche Ausstattung dem eines „Premiumprojektes“ mit einer auch derart politischen Dimension absolut nicht gerecht wurde beziehungsweise wird.

„Wir haben kaum noch Zeit zum Durchatmen. Hier wird sehenden Auges mit der Gesundheit von Mitarbeitern Schindluder getrieben“, beschreiben die drei Polizeibeschäftigten die Situation in ihrem Arbeitsbereich.

Wiederholt sei in der Vergangenheit darauf hingewiesen worden, dass diese

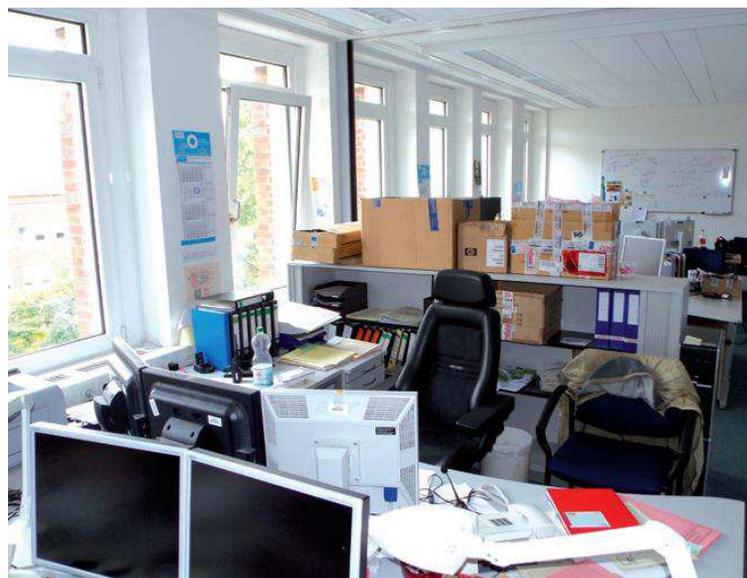
Tätigkeit aufgrund der technischen Komplexität und der Vielzahl zu beteiligender Firmen und Institutionen eine besondere Herausforderung darstelle und neben den vielfältigen Betriebsaufgaben mit dem zur Verfügung stehenden Personal nicht zu schaffen sei. Allein im Bereich der Regionalleitstellen sei ein Bedarf von sechs zusätzlichen Mitarbeitern für die Kernaufgabe der Aufrechterhaltung des Betriebes als erforderlich anerkannt. Der tatsächliche Personalbestand befindet sich derzeit bei drei Mitarbeitern unter dem Ist! Und unterm Strich damit bei neun Mitarbeitern **unter** dem anerkannten Bedarf. Weiteres unbedingt erforderliches Personal für anstehende Projekte steht nicht zur Verfügung. Auch im Bereich Digitalfunk wurde ein zusätzlicher Bedarf von acht Mitarbeitern anerkannt, aber vor dem Hintergrund des Prüfauftrages „Outsourcing von Teilaufgaben der Autorisierten Stelle“ nicht bewilligt. Nach Erstellung einer Prioritätenliste und Abstimmung der Aufgaben, die in Zukunft nicht mehr oder nicht mehr zeitnah von den Mitarbeitern bearbeitet werden können, wurde kurzfristig reagiert und die befristete Einstellung

von acht Mitarbeitern bewilligt und zwischenzeitlich auch umgesetzt.

Ein hoher Zeitdruck mit großer Erwartungshaltung und hohem Anspruch der „Kundschaft“ im operativen Dienst führten zu einem immensen Belastungsdruck bei ihnen und ihren Kolleginnen und Kollegen, berichten Biedorf, Braun und Bruhn.

Aber damit noch nicht genug. „Noch schlimmer ist, dass uns und unseren Kolleginnen und Kollegen nicht einmal Wertschätzung für die bisher geleistete, belastende Arbeit entgegengebracht wurde, beklagen Braun, Biedorf und Bruhn ihre Situation. Im Gegenteil! Sie registrierten immer nur öffentliche Kritik, die bei ihnen natürlich auch ihre Spuren hinterlassen. Seit über drei Jahren arbeiten sie unter Volldampf. In dieser Zeit wurde zum Beispiel die Ausschreibung der Digitalfunkgeräte nebst Zubehör durchgeführt, über 5000 Digitalfunkgeräte beschafft, die Codeplugs erstellt und von LPA 23 programmiert und ausgeliefert. Weiterhin wurde der Bau oder die Anmietung von insgesamt 159 Funktürmen geplant und koordiniert.“

Fortsetzung auf Seite 7



Ein angemessen ausgestatteter Arbeitsraum für fünf Mitarbeiter in einem Premiumprojekt?

Foto: Thomas Gründemann



1
2
3
4 15 mm
5
6
7
8
9 33 mm
10
11
12
13
14 51 mm
15
16
17
18
19 69 mm
20
21
22
23
24 88 mm
25
26
27
28
29 106 mm
30
31
32
33
34 124 mm
35
36
37
38
39 142 mm
40
41
42
43
44 160 mm
45
46
47
48
49 179 mm
50
51
52
53
54 197 mm
55
56
57
58
59 215 mm
60
61
62
63
64 233 mm
65
66
67
68
69 251 mm

Innenminister im GdP-Kreuzverhör

Andreas Breitner besuchte PD AFB Eutin

Eutin – Ungewohnte Rolle für Innenminister Andreas Breitner: Bei der Jahreshauptversammlung der GdP-Regionalgruppe AFB musste sich der oberste Dienstherr der Polizei einem „Kreuzverhör“ durch den Regionalgruppenvorsitzenden Axel Dunst und den Vorsitzenden der JUNGEN GRUPPE, Jan Schmidt, unterziehen. Über zwei Stunden stand der ehemalige Polizist Breitner vor rund 400 Zuhörern zunächst den Fragen der beiden GdP-Moderatoren Rede und Antwort, bevor dann auch die überwiegend jungen Versammlungsteilnehmer ihre Fragen an „ihren“ Minister loswerden konnten. Und der buchstäblich gefragte Innenminister ließ auch schon früh erkennen, dass ihm diese Form eines Versammlungsablaufs durchaus gefalle.

So hatten Axel Dunst, Jan Schmidt und Co. einen bunten Fragenkatalog aus sieben Themenbereichen vorbereitet, mit denen sie Andreas Breitner konfrontierten. Dieser reichte vom Stellenabbau bei der Landespolizei bis zur Problematik um die zunehmende Gewalt gegen Polizisten.

Zu Beginn war es Jan Schmidt jedoch vorbehalten, dem Innenminister eine GdP-Forderung vorzutragen. Demnach sollten Einsteiger in den mittleren Dienst künftig nach Ausbildungsende mit A 8 statt A 7 besoldet werden. Und die Begründung lieferte Schmidt nach: „Eine solche Regelung würde den Polizeidienst in Zeiten des Fachkräftemangels und des demografischen Wandels attraktiver machen“, erläuterte der JUNGE-GRUPPE-Vorsitzende.

Und Andreas Breitner zeigte Verständnis für die Forderung. Auch er würde A 8 als Einstiegsbesoldung selbstverständlich angemessen finden, bekannte der Innenminister, wies jedoch gleich auf den Haken hin. „Mir fehlt jedoch die Kohle, um das zu finanzieren!“

Einen breiten Diskussionsraum nahm erwartungsgemäß der angekündigte Stellenabbau bei der Landespolizei ein. Dabei erinnerte der Sozialdemokrat erneut an die Verpflichtung des Landes gegenüber dem Bund, zehn Prozent der Stellen im Öffentlichen Dienst – insgesamt

5300 – bis zum Jahr 2020 einzusparen. „Es gibt drei Bereiche, die wir von den zehn Prozent ausgenommen haben. Das sind der Justizvollzugsdienst, die Steuerverwaltung und die Polizei“, versuchte Breitner zu beruhigen. In allen drei Bereichen liege die Einsparquote nur bei 3,5 Prozent

der Stellen. Bei derzeit insgesamt 8000 Beschäftigten in der Landespolizei wären also 280 Stellen betroffen, von denen 160 abgezogen werden müssten, weil sie ohnehin nicht besetzt seien. Folglich seien bis 2020 insgesamt 122 Köpfe im Polizeibereich einzusparen. Ausdrücklich ausgenommen von Einsparverpflichtungen seien definitiv der Einsatzbereich, die Ermittlung und die Prävention. Dagegen seien derzeit Arbeitsgruppen dabei, die Bereiche der IT-Technik, der Verkehrsüberwachung und der Wasserschutzpolizei zu betrachten, um dort die einzusparenden Stellen ausfindig zu machen. Ergebnisse würden im Sommer erwartet.

Die Sorgen der GdP, dass mit dem geplanten Stellenabbau und der im Ermessen der jeweiligen Direktionsleiter liegenden Schließung kleinerer Polizeistationen ein Abschied der Bürgerpolizei einhergehe, teilte Breitner nicht. „Entscheidend für die Sicherheit ist nicht, wo die Polizei untergebracht ist, sondern dass sie rechtzeitig zur Stelle ist, wenn Hilfe gebraucht wird. Wir geben den ländlichen Raum nicht auf“, erklärte er gebetsmühlenartig.

Auch das zum 1. August realisierte Projekt MINERVA, mit dem die Organisationsstruktur der PD AFB auf neue Beine gestellt wird, fand Kritik aus der Versammlung. „Wir wissen, dass es drei Wochen nach Einführung scheitern wird, machen aber trotzdem weiter“, formulierte es Christoph Wiethold und traf damit – gemessen am Applaus – den



Innenminister Andreas Breitner (Mitte) im Kreuzverhör von Axel Dunst (l.) und Jan Schmidt.

Nerv vieler Versammlungsteilnehmer. Die Wirkungen des Projekts würden einen Qualitätsverlust bedeuten und würden bei den täglichen Gesprächen unter den Kolleginnen und Kollegen als „einzige Katastrophe“ bezeichnet. „Stoppen Sie MINERVA!“ – so der Appell Wietholds an den Innenminister.



Ein besonderes „Andenken“: Christian Scheffer aus der Einsatzhundertschaft überreichte Andreas Breitner einen im Einsatz beschädigten Helm.

Fotos (2): Gründemann

„Das weicht von dem Bild ab, das ich bisher hatte“, zeigte sich Andreas Breitner überrascht. Und Jürgen Funk, der Leiter der PD AFB, relativierte die Kritik Wietholds. In der Sache sei in einer Reihe von Dienstversammlungen ausgiebig diskutiert worden. Ihm sei nicht bekannt, dass das Projekt unter den betroffe-

Fortsetzung auf Seite 5



VERSORGUNGS AUSGLEICH

GdP traf wieder einmal ins Schwarze!

Ist der Versorgungsausgleich richtig? Informationsveranstaltung fand großes Interesse

Westerrönfeld – Der GdP-Landesbezirk Schleswig-Holstein hatte landesweit zu einer Informationsveranstaltung zum Thema Versorgungsausgleich nach Westerrönfeld ins Schützenheim am Kanal eingeladen. Mehr als 50 Kolleginnen und Kollegen waren der Einladung gefolgt. Gäste waren herzlich willkommen. Die Teilnahme bei Kaffee und Kuchen war für GdP-Mitglieder selbstverständlich kostenlos.

Für den Geschäftsführenden GdP-Landesvorstand begrüßte Frank Poster

die Teilnehmer und den Referenten Rechtsanwalt Bernd Stege aus Bremen. Im Vorfeld war im Landesteil der Mai-Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI ein Aufsatz von RA Stege veröffentlicht worden.

Die Rückmeldungen von Interessierten und Betroffenen waren durchweg positiv. „Die GdP hat wieder mal ins Schwarze getroffen“, hieß es mehrfach. In der Tat kümmert sich die GdP nicht ausschließlich um Tarif, Besoldung und Versorgung. Viel umfangreicher ist das Aufgabengebiet der GdP,

wie dieses Thema belegt. Rechtsanwalt Stege trug interessant vor, wie z. B. „alte Fälle und neues Recht“ wirken, beschrieb Fallstricke im Versorgungs-, Trennungs- und Scheidungsrecht u. v. m. Keine Frage blieb unbeantwortet. Im An-



Organisator Frank Poster (r.) mit dem Referenten Bernd Stege. Fotos (2): Thomas Gründemann

schluss an die Informationsveranstaltung stand RA Stege zeitlich unbegrenzt für kostenlose Erstberatungen von GdP-Mitgliedern zur Verfügung.

Das bleibt auch weiterhin so. Im Rahmen der kostenlosen Rechtsberatung für GdP-Mitglieder werden die Rechtsgebiet Versorgungsausgleich, Trennungs- und Scheidungsangelegenheiten in die GdP-Leistungen aufgenommen. Rechtsuchende wenden sich an die GdP-Geschäftsstelle, Dorith Stubenrauch-Schulz, Tel. 04 31/1 22-10 15, E-Mail: dschulz@gdp.de

Für Nachfragen steht auch Frank Poster zur Verfügung. frank.poster@gdp.de **(pr)**



Das Interesse an der Veranstaltung in Westerrönfeld war mit 50 Zuhörern beachtlich.

AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Fortsetzung von Seite 4

nen Mitarbeitern als „existenzielle Bedrohung“ empfunden werde. Er sei vielmehr überzeugt, das Projekt am Ende zum Erfolg zu führen. Mit seinem Angebot, in Kürze noch einmal in die PD AFB zu kommen und sich mit den Betroffenen über das Projekt auszutauschen, zog der Innenminister einen Schlusstrich unter die Diskussion.

Einvernehmen gab es dann jedoch bei der Verurteilung der zunehmenden Gewalt gegen Polizisten. Hier wiederholte der Minister seine klare Position. „Ich finde es völlig inakzeptabel, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der bei Demonstrationen mit Pflastersteinen auf Polizisten geworfen wird. Da spreche ich auch nicht mehr von sogenannten Tätern. Für mich sind das or-

ganisierte Totschlagsversuche“, so Andreas Breitner wütend.

In seinem Schlusswort warb Andreas Breitner bei den Kolleginnen und Kollegen um Vertrauen für sich. „Ich mache Ihnen die Zusage, dass ich auch künftig weiter versuchen werde, als Innenminister Ihr ehrlicher Interessenvertreter zu sein“, sagte Breitner. Und überzeugte offenbar die Anwesenden,

die den Auftritt des Ministers mit einem warmen Applaus würdigten.

Thomas Gründemann



Andreas Breitner (Mitte) ließ es sich nicht nehmen, sich mit verdienten „alten Hauden“ der PD AFB wie Paul Husmans, Dieter Drunk, Gerhard Szellinski und Gerd Schwiemann (v. l.) abbilden zu lassen.

Foto: Thomas Gründemann



1
2
3
4 15 mm
5
6
7
8
9 33 mm
10
11
12
13
14 51 mm
15
16
17
18
19 69 mm
20
21
22
23
24 88 mm
25
26
27
28
29 106 mm
30
31
32
33
34 124 mm
35
36
37
38
39 142 mm
40
41
42
43
44 160 mm
45
46
47
48
49 179 mm
50
51
52
53
54 197 mm
55
56
57
58
59 215 mm
60
61
62
63
64 233 mm
65
66
67
68
69 251 mm

Rundumschlag erstaunt mich

Leserbrief von Burkhard Peters zum Artikel „Noch keine zählbaren Erfolge für die Polizei“ aus der Juni-Ausgabe des DP-Landesjournals

Sehr geehrter Herr Gründemann, Ihr Artikel enthält Aussagen zum Verhältnis der Grünen zur Polizei, die eher alte Feindbilder bedienen als die Realität beschreiben. Wir Grünen pflegen nicht das Bild einer Polizei, die mit Vorliebe Demonstranten/-innen verprügelt. Auch dass wir der Polizei „von jeher mit Misstrauen und Vorurteilen begegnen“, ist in den Bereich der Fabel zu verweisen. Die Polizeikennzeichnung bei geschlossenen Einsätzen ist für uns z. B. Ausdruck einer selbstbewusst auftretenden

Bürger/-innen-Polizei, die sich nicht scheuen muss, offen und erkennbar in ihre schwierigen Einsätze zu gehen. Sie gehört zwischenzeitlich welt-, europa- und auch deutschlandweit zum Leitbild und Standard einer modernen Polizei.

Als innenpolitischer Sprecher meiner Fraktion pflege ich einen intensiven und konstruktiven Umgang mit Oliver Malchow und Manfred Börner. Immer wieder besuche ich Polizeidienststellen, um mir von Ihren Kolleginnen und Kollegen Probleme erläutern zu lassen, z. B. beim Digi-

talfunk. Zu Regionalgruppentreffen der GdP wurde ich bereits mehrfach eingeladen und es ergaben sich dabei immer konstruktive und äußerst faire Diskussionen um Stellenabbaupfad, Vorratsdatenspeicherung, Kennzeichnungspflicht, Überstundenbelastung und vieles mehr. Ich hatte bei meinen Besuchen nie das Gefühl, von Ihren Kolleginnen und Kollegen als potenzieller Polizeigegner angesehen zu werden. Umso mehr erstaunt mich Ihr Rundumschlag im erwähnten Artikel.

Burkhard Peters

SPORT

Wasserschützer per pedes zwischen den Meeren

Husum – Mit einer motivierten zehnköpfigen Staffel des Schichtdienstes trat das WSP-Revier Kiel bei der neunten Auflage des „Lauf zwischen den Meeren“ an. Der Staffellauf von der Nord- zur Ostsee führt dabei über insgesamt 96,3 Kilometer in zehn Etappen von Husum durch Wittbek, Hollingstedt, Dannewerk, Jagel, Fahrdorf, Fleckeby, Gammelby, Gut Hemmelmark und Waabs bis nach Damp. Mit Angela Spohn, Sven Sieveke, Michael Schaller, Matthias Willerscheidt, Martin Siegner, Marius Kolasinski und Markus Mauch fand Team-Chef Götz von Elbe eine lauffreudige Truppe für das Team „Wasserschutzpolizeirevier Kiel“. Für zwei weitere Kollegen, die kurz vor dem Start krankheits- und verletzungsbedingt ausfielen, sprangen spontan die gerade im Praktikum befindlichen Anwärter Lissie Stechowski und Tim Berneike ein.

Mit dem klaren Ziel „Unter zehn Stunden“ ging es dann ins Rennen. Schon nach den ersten Etappen stand fest – „zu tief gestapelt“. Der zuvor ausgedachte Zeitplan geriet durcheinander und mit jeder weiteren Etappe mussten sich die Anschlussläufer mehr und mehr beeilen, um rechtzei-

tig an den Wechsellagen zu sein. Während es auf der Straße aufgrund des schier unüberschaubaren Verkehrs in Richtung Ziel in Damp nur im Schrittempo voranging, fehlten die anderen auf der Strecke weiter an der Ankunftszeit. Beim gemeinsamen Zieleinlauf blieb die Uhr dann schließlich zur Freude des Teams bei 8 Stunden, 53 Minuten und 29 Sekunden stehen. Vollerfreude. Zielvorgaben mehr als erreicht.

In der Gesamtwertung erreichten die Wasserschützer den 476. Platz von 700. In der Einzelwertung kamen die Läufer der WSP auf Platz 191 von 276. Das Siegerteam bewältigte die Strecke in der Rekordzeit von 5 Stunden 16 Minuten und 33 Sekunden. Beim abschließenden Einlauf wurden dann – angespornt von dem Erfolg – bereits

die ersten Pläne für 2015 geschmiedet. Wir werden wieder mit dabei sein. Dann soll die 8-Stunden- und 30-Minuten-Grenze fallen. Auch wenn es nicht zuletzt aufgrund der Größe des Laufes an manchen Ecken ein wenig hakte, im Nachhinein betrachtet war es eine rundum gelungene Veranstaltung, an der wir gerne teilgenommen haben.

Sven Sieveke



Auch auf dem Land erfolgreich: Das laufende Team des Wasserschuttreviers Kiel!



DIGITALFUNK

Fortsetzung von Seite 3

niert und mittlerweile flächendeckend digital gefunkt.

Durch LPA 242 wurden vier Regionalleitstellen einschließlich der erforderlichen Gebäude und der Technik aufgebaut und das LFZ mit neuer Technik ausgestattet und für den Digitalfunk ertüchtigt, unter anderem ein Prüfauftrag für eine neue Kooperative Leitstelle in Kiel abgearbeitet. Das gesamte Dezernat mit allen dort tätigen Kolleginnen und Kollegen fühle sich deshalb auch zu Unrecht an den Pranger gestellt, insbesondere bei groß aufgemachten kritischen Berichten in den Medien und in nachfolgenden öffentlichen Diskussionen. Viele der entstandenen und kritisierten Probleme seien auch durch Richtungsentscheidungen der Politik/IM entstanden oder sind von Dezernat 24 nicht zu beeinflussenden Dritten zu vertreten. Sei es durch fehlende oder sich ändernde Vorgaben der Bundesanstalt für Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) oder auch mangelnde Bauausführungen.

Bezeichnenderweise gab es eine Anerkennung bislang nur vom Landesrechnungshof, der in einem seiner Berichte festgestellt hatte, dass es überhaupt nur „sehr engagierten Projektmitarbeitern“ zu verdanken gewesen sei, dass trotz festgestellter „Defizite die Regionalleitstellen in Betrieb gegangen seien“.

Während ihre unmittelbaren Führungskräfte im LPA und im Innenministerium in der Vergangenheit schon die Leistungen der Mitarbeiter im Dezernat gewürdigt haben, sei jedoch von denen, die von ihrem Engagement profitiert hätten, nur kritische Rückmeldungen gekommen, sowohl intern als auch öffentlich. „Offenbar fehlte da ein Blick hinter die Kulissen. Auf jeden Fall hat die Kritik uns natürlich getroffen“, berichten Biedorf, Braun und Bruhn.

Die Bewertung des Landesrechnungshofes habe dagegen unterstrichen, dass von Beginn an ein hochmotiviertes Team daran gearbeitet habe, in Sachen Regionalleitstellen und Digitalfunk alles in Gang zu bringen. Und trotz einer nur kleinen Besetzung seien inzwischen vier Regionalleitstellen technisch im Lauf, der Digitalfunk im Probebetrieb.

Seit geraumer Zeit erlebten sie und die anderen betroffenen Mitarbeiter, dass es unmittelbar nach jeder kritischen Presseveröffentlichung und ent-

sprechenden Reaktionen des Innenministers in Richtung Projektgruppe neue „Ansgen“ bei der „Prioritätsfestlegung“ gebe, ohne jedoch zu sagen, was dafür zurückgestellt werden soll. „Unser Problem ist auch, dass wir fremdgesteuert sind“, konstatieren die drei Mitarbeiter. So müssten regelmäßig Urlaubsplanungen deshalb immer wieder kurzfristig über den Haufen geworfen werden. Und das bei steigender Arbeitsbelastung. Dies wirke sich auf den Krankenstand aus, Anzeichen von „Burn-out“ nähmen bei vielen spürbar zu. Dazu trage aber auch eine Infloflut bei, die krank mache. „Es gibt mit Sicherheit keinen Arbeitsbereich in der Landespolizei, in dem derart viele Mails eingehen wie bei uns“. Besonders bitter für die Mitarbeiter im Dezernat: Aktuell belaste auch das Outsourcing, also der Prüfauftrag zur Einhaltung des Stellenabbaupfades, die Stimmung im Dezernat. Einerseits biete sich hierüber

gegebenenfalls später die Möglichkeit, wieder mit dem vorhandenen Personal die Kernaufgaben bewältigen zu können, andererseits müssen verschiedene Fragen zum Arbeitsplatz zeitnah beantwortet und Stellungnahmen gefertigt werden, was die Arbeitsbelastung nochmals erhöhe. Und nicht jeder Mitarbeiter könne sich damit identifizieren, dass seine jahrelang gemachte Arbeit „auslagerungsfähig“ sei, konstatieren Biedorf, Bruhn und Braun.

Sowohl Personal- als auch Sachausstattung befänden sich auf „Kreisklassen-Niveau“. Dazu gehöre auch die räumliche Situation: In vielen Büroräumen werde viel Technik gelagert, was den persönlichen Arbeitsplatz meist sehr einenge. Obwohl täglich mehrere Besprechungen auch mit Externen durchgeführt werden, verfügt das Dezernat über keinen eigenen Besprechungsraum, geschweige denn Sozialraum. Auf den Fluren wurden mehrere Tische zusammengestellt und sog. Kommunikationszonen eingerichtet. Der Begriff „Premiumprojekt“ sei so inzwi-

schen zum Schimpfwort geworden, berichten sie.

Die Botschaft von Biedorf, Braun und Bruhn: „Entweder erhöht man spürbar unseren Personalbestand, oder man sagt uns, welche Aufgaben wir nicht mehr wahrnehmen sollen. So wie jetzt geht es jedenfalls nicht weiter“. Eine Erwartungshaltung, die von der Gewerkschaft der Polizei ausdrücklich gestützt wird. Bereits in einem umfassenden Gespräch mit einigen Dezernatsmitarbeitern habe sich der Geschäftsführende Landesvorstand ein Bild von der bedenklichen Stimmung verschaffen können, konstatiert der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner. „Die Belastungen und der Druck, unter dem auch die in diesem Arbeitsbereich tätigen Kolleginnen und Kollegen offensichtlich stehen, ist immens und nicht mehr hinnehmbar“, zeigt sich der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner beeindruckt. Trotz – oder gerade wegen –



Alles andere als optimal: Schreibtisch und gleichzeitig Lagerplatz für technisches Gerät. Foto: Thomas Gründemann

der Probleme um den Digitalfunk wissen wir natürlich, was gerade die Kolleginnen und Kollegen im Dezernat 24 des Landespolizei amtes alles leisten, um möglichst für einen einwandfreien Funkverkehr für den Streifendienst zu sorgen. Da komme die Diskussion um einen möglichen Stellenabbau und die Prüfung des Outsourcings in der Tat zur Unzeit, unterstreicht Börner. „Im Gegenteil. Es wird deutlich, dass auch in diesem Bereich der Landespolizei Personal keinesfalls reduziert werden kann. Eine personelle Verstärkung muss eigentlich das Ziel sein“, so der GdP-Landesvorsitzende.

Thomas Gründemann



1
2
3
4 15 mm
5
6
7
8
9 33 mm
10
11
12
13
14 51 mm
15
16
17
18
19 69 mm
20
21
22
23
24 88 mm
25
26
27
28
29 106 mm
30
31
32
33
34 124 mm
35
36
37
38
39 142 mm
40
41
42
43
44 160 mm
45
46
47
48
49 179 mm
50
51
52
53
54 197 mm
55
56
57
58
59 215 mm
60
61
62
63
64 233 mm
65
66
67
68
69 251 mm

Und was sonst noch so war ...

20. Mai

Erst heute wird die Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Astrid Damerow bekannt. Sie hatte sich mit ihrer Fraktionskollegin Katja Rathje-Hoffmann mit Einbruchsdiebstählen in Schleswig-Holstein beschäftigt. Beim Studieren der Antwort fallen vor allem die äußerst schlechten Aufklärungsquoten ins Auge. Das Innenministerium hat folgende Quoten für 2013 ermittelt (in %):

- Dithmarschen 11,3
- Flensburg 24,6
- Herzogtum Lauenburg 9,9
- Kiel 8,9
- Lübeck 12,7
- Neumünster 13,4
- Nordfriesland 20,4
- Ostholstein 8,7
- Pinneberg 10,0
- Plön 7,5
- Rendsburg-Eckernförde 9,0
- Schleswig-Flensburg 15,9
- Segeberg 9,8
- Steinburg 9,7
- Stormarn 4,3
- Schleswig-Holstein 10,2

28. Mai

Mit der Fraktion der Piraten rechnet SPD-MdL und GdP-Mitglied Simone Lange in einer Landtagsdebatte zur Ausweisung von Gefahrengeländen (Antrag der Fraktion der Piraten) ab: „Wenn es nach den Piraten ginge, würde es wohl bald keine Landespolizei mehr geben. Ob Videoüberwachung, Gefahrenabwehr, Demonstrationsbeobachtung oder Vorratsdatenspeicherung. Alles schlecht, sagen die Piraten. Das darf nicht sein, sagen die Piraten. Das müssen wir abschaffen, sagen die Piraten, die der Polizei die Instrumente ihres Handelns am liebsten aus der Hand nehmen würden. Nur wer soll sich dann um die Gefahrenabwehr und Strafverfolgung kümmern? Die Piraten? Liebe Piraten, enthüllt doch bitte endlich eure Einstellung zur Landespolizei und sagt offen, dass ihr keine wollt. Das wäre nicht nur geforderte, sondern auch gelebte Transparenz.“

30. Mai

Anruf eines Kollegen, der gerade über seiner Steuererklärung sitzt. „Wie war das noch gleich, wenn wir unsere Uniformen reinigen, können wir da nicht bestimmte Sätze angeben?“ In der Tat: Der Steuerhelfer der Jungen Gruppe gibt auch auf diese Frage Auskunft: Nur wenn es sich um typische Berufs-

kleidung handelt, sind die Aufwendungen für deren Reinigung als Werbungskosten abziehbar. Denn „die Folgekosten teilen das rechtliche Schicksal der Anschaffungskosten“. Reinigung außer Haus: Wenn Sie Ihre Uniformteile in einer chemischen Reinigung oder einem Waschsalon reinigen, erhalten Sie im Allgemeinen Belege. Diese Beträge machen Sie in Ihrer Steuererklärung geltend. Auf der Quittung sollte die genaue Bezeichnung des gereinigten Kleidungsstückes enthalten sein (z. B. „Reinigung Uniformhose“). Reinigen in der häuslichen Waschmaschine: Auch wenn Sie hier keine Kosten nachweisen können, dürfen Sie dennoch Reinigungskosten steuerlich absetzen. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Uniformteile in gesonderten Waschgängen getrennt von privater Wäsche oder in einem Waschgang zusammen mit privater Wäsche gewaschen werden. Abzugsfähig sind die „unmittelbaren Kosten des Waschvorgangs für Wasser, Strom, Wasch- und Spülmittel, aber auch für Aufwendungen in Form der Abnutzung der Waschmaschine und für deren Instandhaltung und Wartung“. Die Kosten für maschinelles Trocknen kommen noch hinzu. Beispiel: Herr Müller ist von Beruf Polizist und lebt in einem Zweipersonen-Haushalt. Für die Reinigung seiner Dienstkleidung macht er geltend: eine Waschladung á 5 kg (Diensthemden, Hosen, dienstliche Sportbekleidung) je Woche, 46 Wochen (52 Wochen minus sechs Wochen Urlaub) = 230 kg/Jahr.

230 kg/Jahr, 0,48 € je kg = 110,04 €.

1. Juni

Die Sonntagsausgabe der FAZ/FAS beschäftigt sich in ihrer heutigen Ausgabe mit dem Thema „Beurteilungen und Prämien“. Der Artikel passt auf die vielen Diskussionen, die wir in den letzten Jahren geführt haben. Zum Schluss heißt es: „Ist die Bewertung zu lasch, rufen die Spitzenleute nach Differenzierung. Konsequenz gibt es sie nur in der Zwangsbenotung. Doch die führt notgedrungen zu Ungerechtigkeiten. Steigert sich der Protest der Enttäuschten, werden die Zügel gelockert – meist dadurch, dass der Zwang durch eine „Empfehlung“ ersetzt oder den Vorgesetzten freie Hand gelassen wird. Doch das ist verführerisch. Schnell werden alle gleichbehandelt, und dann beginnt das Gemecker der Spitzenleute von vorn. Der neueste Schrei ist deshalb, die

verfälschten Beurteilungen der Vorgesetzten in einer größeren „Kalibrierungsrunde“ von mehreren Führungskräften bewerten zu lassen. Bei solchen Runden hecheln Manager Dutzende von Mitarbeitern durch, vergleichen die Leistungen und schieben Namen von einer Kategorie in die nächste. So lange, bis die Verteilung wieder stimmt. Bei Microsoft in Deutschland sorgte das System über Jahre hinaus für Unruhe. Arbeitnehmer fühlten sich aus dem Unternehmen gemobbt und verließen bittert den Arbeitgeber. Führungskräfte waren frustriert, weil sie ihre Mitarbeiter nicht so bewerten konnten, wie sie es für richtig hielten. Inzwischen hat der amerikanische Softwarekonzern einen Schlusstrich unter das Verfahren gezogen. Für die Bewertung der Mitarbeiter spielt nun zumindest die Zwangseinteilung keine Rolle mehr.

3. Juni

Der GdP-Landesbezirk Bremen meldet heute eine verbesserte Dienstunfallfürsorge in seinem Beamtenversorgungsrecht. Danach werden posttraumatische Belastungsstörungen (PTS) in den Katalog der nach dem Versorgungsrecht zu berücksichtigende Krankheitsbilder aufgenommen. Bremens Bürgermeisterin Linnert: „Mit der Neuregelung tragen wir der schwierigen Situation Rechnung, unter der Beschäftigte mit fortdauernden posttraumatischen Belastungsstörungen leiden.“

Bremens Landesbezirk weist darauf hin, dass Patienten mit PTS meist unter mehreren Symptomen wie zum Beispiel extreme Schlafstörungen, großer Schreckhaftigkeit, schneller Reizbarkeit, plötzlichen Wutausbrüchen sowie immer wiederkehrenden Bildern des erlittenen Traumas leiden.

10. Juni

Neuwahl und Jahresabschluss beim GdP-Sozialwerk Schleswig-Holstein GmbH. Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung sind in der Kieler Geschäftsstelle zusammengekommen. Zum Aufsichtsratsvorsitzenden wurde wieder Werner Mauren, vormals Vorstandsvorsitzender der PSD-Bank, gewählt. Sein Stellvertreter wurde in Wiederwahl Frank Lassen vom Landeskontrollausschuss der GdP. Heiko Dworak von der Steuerberatungsgesellschaft Delego erläuterte die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung, wobei Verluste nicht aufgetreten sind. Der Gewinn betrug nach Steuern knapp 60 000 €.

